Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 2. April 2009**Trittbrettfahrer nach dem Amoklauf von Winnenden**

Nach dem Amoklauf an einer Realschule in Winnenden am 11. März 2009 ist es deutschlandweit zu zahlreichen Ankündigungen weiterer Straftaten durch sogenannte Trittbrettfahrer gekommen. Gegen die meist jugendlichen Täter sind vielerorts bereits vereinfachte Jugendverfahren durchgeführt worden. Vielfach wurden durch die Gerichte Jugendarrest angeordnet und kurzfristig vollstreckt.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Ankündigungen von Straftaten gab es nach dem Amoklauf von Winnenden im Land Bremen? Wie viele Täter wurden im Rahmen der Strafverfolgung oder durch die Schulen ermittelt?
2. Wie viele Strafverfahren sind von der Justiz bereits erledigt worden? Sind die Verfahren eingestellt worden oder kam es zu Verurteilungen? Wie oft wurden die im Jugendgerichtsgesetz vorgesehenen Zuchtmittel oder Jugendstrafen verhängt? Wie viel Zeit verging jeweils zwischen der Ermittlung des Täters und seiner Verurteilung? Wie viele Verfahren laufen noch, und wann ist mit ihrem Abschluss zu rechnen?
3. Teilt der Senat die Ansicht, dass es aus erzieherischen Gründen bei den Trittbrettfahrern auf eine besonders zeitnahe Sanktion ankommt?
4. In wie vielen Fällen ist das vereinfachte Jugendverfahren gemäß §§ 76 ff. JGG zur Anwendung gekommen?
5. Welche Maßnahmen wurden gegen die einzelnen Täter durch die Schulen ergriffen?
6. Wann und wie haben sonstige staatliche Stellen Kontakt zu den Tätern und ihren Eltern aufgenommen?

Sibylle Winther,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

D a z u

Antwort des Senats vom 19. Mai 2009

1. Wie viele Ankündigungen von Straftaten gab es nach dem Amoklauf von Winnenden im Land Bremen? Wie viele Täter wurden im Rahmen der Strafverfolgung oder durch die Schulen ermittelt?

Seit dem Amoklauf von Winnenden am 11. März 2009 gab es in der Stadt Bremen 16 Ankündigungen entsprechender Straftaten. Die Polizei konnte in allen Fällen einen Tatverdächtigen ermitteln.

In Bremerhaven gab es keine entsprechenden Ankündigungen.

2. Wie viele Strafverfahren sind durch die Justiz bereits erledigt worden? Sind die Verfahren eingestellt worden oder gab es Verurteilungen? Wie oft wurden die im

Jugendgerichtsgesetz vorgesehenen Zuchtmittel oder Jugendstrafen verhängt? Wie viel Zeit verging jeweils zwischen der Ermittlung des Täters und seiner Verurteilung? Wie viele Verfahren laufen noch und wann ist mit ihrem Abschluss zu rechnen?

In neun Fällen war ein Straftatbestand nicht erfüllt. In fünf Fällen wurden mangels Ernsthaftigkeit keine weiteren Ermittlungen angestellt.

Zwei Ermittlungsverfahren sind noch bei der Staatsanwaltschaft anhängig. Es ist mit einem zeitnahen Abschluss der Ermittlungen zu rechnen.

3. Teilt der Senat die Ansicht, dass es aus erzieherischen Gründen bei den Trittbrettfahrern auf eine besonders zeitnahe Sanktion ankommt?

Der Senat teilt diese Ansicht.

4. In wie vielen Fällen ist das vereinfachte Jugendverfahren gemäß §§ 76 ff. JGG zur Anwendung gekommen?

Die beiden bei der Staatsanwaltschaft anhängigen Verfahren sind dort im April dieses Jahres eingegangen. In einem Fall fand eine Wohnungsdurchsuchung statt. Die Ermittlungen sind in beiden Fällen noch nicht abgeschlossen. Daher wurden bisher weder Anklagen erhoben noch Anträge gemäß §§ 76 ff. des Jugendgerichtsgesetzes gestellt.

5. Welche Maßnahmen wurden gegen die einzelnen Täter durch die Schulen ergriffen?

Die Schulen haben in allen Fällen unmittelbar nach Bekanntwerden die Polizei, die Schulaufsicht sowie das Zentrum für schülerbezogene Beratung eingeschaltet. In vier Fällen wurde das Amt für Soziale Dienste der Stadtgemeinde Bremen – Jugendamt – benachrichtigt. Soweit erforderlich wurden schulische Fallkonferenzen durchgeführt und Vereinbarungen mit den Schülerinnen und Schülern getroffen. In einem Fall wurde ein Interventionsteam eingesetzt.

6. Wann und wie haben sonstige staatliche Stellen Kontakt zu den Tätern und ihren Eltern aufgenommen?

Sobald ein Tatverdächtiger ermittelt wurde, hat die Polizei Bremen Kontakt mit ihm aufgenommen. Im Fall von Minderjährigen erfolgte die Kontaktaufnahme über die Erziehungsberechtigten. Abhängig von der jeweiligen Gefährdungsanalyse der Polizei wurden darüber hinaus die Schulleitung, das Zentrum für schülerbezogene Beratung sowie der sozialpsychiatrische Dienst in Kenntnis gesetzt.

Die Schulen und das Zentrum für Schülerbezogene Beratung beim Landesinstitut für Schule haben ihrerseits Kontakt zu den Tatverdächtigen beziehungsweise deren Erziehungsberechtigten hergestellt.

Das Amt für Soziale Dienste der Stadtgemeinde Bremen – Jugendamt – wurde in den Fällen, in denen die Vermutung einer Gefährdung bestand, unmittelbar durch das Zentrum für Schülerbezogene Beratung, die betreffende Schule oder die Polizei informiert. Diese Meldungen wurden durch das Jugendamt als sogenannte besondere Vorkommnisse dringlich behandelt. In Einzelfällen wurden geeignete erzieherische Maßnahmen eingeleitet.